



Brüssel, den 3. Februar 2017
(OR. en)

5740/17

EDUC 24
JEUN 11
SOC 53
EMPL 39

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Nr. Vordok.: 5240/17 EDUC 8 JEUN 3 SOC 11 EMPL 7

Betr.: Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zum sozialen Zusammenhalt und Förderung der gemeinsamen europäischen Werte im Rahmen des Europäischen Semesters 2017
– *Orientierungsaussprache*
(Öffentliche Aussprache gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates [auf Vorschlag des Vorsitzes])

Nach Anhörung des Ausschusses für Bildungsfragen hat der Vorsitz das beiliegende Diskussionspapier als Grundlage für die Orientierungsaussprache auf der Tagung des Rates (Bildung, Jugend, Kultur und Sport) am 17. Februar 2017 ausgearbeitet.

**Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zum sozialen Zusammenhalt
und Förderung der gemeinsamen europäischen Werte im Rahmen des
Europäischen Semesters 2017**

Diskussionspapier des Vorsitzes

Die Orientierungsaussprache ist Teil der thematischen Beratungen, die derzeit im Rat als Beitrag zum Europäischen Semester 2017 unter dem vom Vorsitz vorgegebenen übergreifenden Motto "Verbesserung des sozioökonomischen Klimas für ein besseres Europa" stattfinden. Dabei möchte Vorsitz sicherstellen, dass alle einschlägigen Ratsformationen, wie etwa der Rat (Bildung), und ihre Vorbereitungsgremien einen Beitrag zur Aussprache über das Europäische Semester auf der Tagung des Europäischen Rates leisten.

Aus seiner Sicht sollte sich der Rat (Bildung) in seinem Beitrag zum Europäischen Semester 2017 in erster Linie mit **dem sozialen Zusammenhalt und der Förderung der gemeinsamen europäischen Werte** befassen. Denn nachdem die Europäische Union (EU) unserem Kontinent ein halbes Jahrhundert lang Frieden, Sicherheit und Wohlstand beschert hat, muss sie sich nun für die zentralen Grundwerte, die eine Inklusion in Vielfalt fördern, stark machen.

Eine Reihe von Fragen, die durch die Ereignisse in Europa und in der Welt aufgeworfen worden sind, haben bei den EU-Bürgern Sorgen hervorgerufen, denen auf EU-Ebene Aufmerksamkeit geschenkt und mit gemeinsamen Maßnahmen begegnet werden muss. Ereignisse wie die Wirtschafts- und Schuldenkrise der Jahre 2008 und 2009 haben zu anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen geführt – zum Nachteil junger Menschen, da das Reallohnwachstum zum Erliegen kam. Die gegenwärtige Instabilität in den Nachbarländern Europas hat zu einem erhöhten Zustrom von Migranten geführt und radikalen Ideologien, gewaltbareitem Extremismus, Terrorismus und anderen Sicherheitsproblemen den Boden bereitet.

Zu denken geben überdies die jüngsten und die sich abzeichnenden politischen Gegebenheiten, etwa der Ausgang des Referendums im Vereinigten Königreich über den Austritt aus der EU, die Auswirkungen der Wahlen in den Vereinigten Staaten auf die transatlantischen Beziehungen sowie der Aufstieg populistischer Parteien, die für die EU und ihre Mitgliedstaaten eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse darstellen.

Daher müssen wir uns unbedingt darauf besinnen und bekräftigen, dass die EU auf einer Reihe von Grundwerten basiert, die nicht auf die leichte Schulter genommen oder als selbstverständlich angesehen werden dürfen. Diese in den Artikeln 1 bis 3 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) verankerten gemeinsamen Werte und allgemeinen Rechtsgrundsätzen sind das gesellschaftspolitische und kulturelle Erbe Europas und bestimmen, wer und was wir sind: eine immer engere Union der europäischen Bürger, die auf Einheit in Vielfalt beruht. Deshalb kommt der Bildungspolitik eine herausragende Rolle zu, wenn es darum geht, Inklusion und die Achtung der Vielfalt in der EU zu fördern.

Es bedarf neuerlicher und entschlossener Anstrengungen, um den Glauben an das europäische Projekt, insbesondere unter den jüngeren Europäern, wiederherzustellen. Diese schwierigen Zeiten müssen als Chance wahrgenommen werden, um ein stärkeres und sozialeres Europa mit einem größeren Zusammenhalt aufzubauen, das wirtschaftlichen Wohlstand und Wohlfahrt für die Bürger aller Altersgruppen bereithält und sie zu lebenslang lernenden, aktiven und demokratischen EU-Bürgern werden lässt.

Die Politik der EU-Mitgliedstaaten auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung muss eine hochwertige Bildung gewährleisten, die allen gleiche Chancen bietet. Europas Bürger müssen Zugang zu hochwertiger Bildung haben. Das heißt, die Bildungssysteme sollten auf einer ausgeprägten Inklusivität, Gleichheit und Gerechtigkeit beruhen und die Kompetenzen, Werte, Fähigkeiten und Innovationen (insbesondere die digitale Agenda) vermitteln, die für den Arbeitsmarkt und für das Leben im Allgemeinen notwendig sind. Diesen Faktoren sollte in allen Systemen der formalen, informellen und nicht-formalen allgemeinen und beruflichen Bildung – beginnend bei der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung – Vorrang eingeräumt werden, wenn diese den Bürgern etwas bringen und ihnen ein Sicherheitsnetz gegen soziale Ausgrenzung bieten sollen.

Wie unter Ziel 4 für nachhaltige Entwicklung (SDG 4) der UNESCO – Inklusiv, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern – sowie in der jüngsten Mitteilung der Europäischen Union "Verbesserung und Modernisierung der Bildung" (COM(2016) 941 final) verlangt, muss im Interesse der sozioökonomischen Entwicklung und des gesellschaftlichen Zusammenhalts unbedingt dafür gesorgt werden, dass alle Lernenden eine hochwertige Bildung, Kenntnisse und Kompetenzen erwerben. Bildungspolitische Maßnahmen sollten deshalb soziale und staatsbürgerliche Kompetenzen, Nichtdiskriminierung, soziale Inklusion, kritisches Denken, Medienkompetenz, interkulturelle Verständigung, Toleranz gegenüber Vielfalt und eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, die Weltbürgerschaft sowie die Wertschätzung der kulturellen Vielfalt und des Beitrags der Kultur zur nachhaltigen Entwicklung fördern.

In Europa müssen junge Leute mit unterschiedlichen, besonderen Bedürfnissen, die erhöht Gefahr laufen, die Schule vorzeitig abzubrechen und sozial und wirtschaftlich ins Hintertreffen zu geraten, gezielter unterstützt werden. Wir müssen zudem Brücken zwischen der formalen Bildung und dem informellen und nicht-formalen Lernen schlagen. Das neue Europäische Solidaritätskorps, das jungen Menschen die Möglichkeit bietet, im Rahmen von Freiwilligendiensten Kompetenzen und Erfahrungen zu erwerben, die über Erasmus+ finanzierten zivilgesellschaftlichen Projekte und der verstärkte Einsatz von Online-Plattformen und des virtuellen Austauschs – all diese Initiativen sind wichtig und sollten gefördert werden. Auch müssen wir bekräftigen, wie wichtig Mobilität und eTwinning-Projekte für die Förderung der europäischen Bürgerschaft sind.

Daher werden die Minister ersucht, ihre Meinungen und Erfahrungen zu folgenden Fragen auszutauschen:

1. Rückbesinnung auf die Grundwerte der EU für den Aufbau eines stärkeren und sozialeren Europa mit einem größeren Zusammenhalt: Die Bildungspolitik muss alle einbeziehen und die Achtung der Vielfalt in der EU fördern. Die jüngsten Ergebnisse der PISA-Studie von 2015 zeigen allerdings, dass sich sozioökonomische Unterschiede auf den Bildungserfolg der Lernenden insgesamt negativ auswirken. Die Verbesserung der Qualifikationen benachteiligter Lernender und Arbeitnehmer im Wege einer hochwertigen allgemeinen und beruflichen Bildung trägt erheblich zur Überwindung dieser Unterschiede und zur Einebnung der Bildungsungleichheiten bei. Was tun die Mitgliedstaaten in dieser Hinsicht?
2. Abkehr von Pauschallösungen in der Politik der allgemeinen und beruflichen Bildung: In Europa besteht Bedarf an stärker maßgeschneiderten Lehrplänen und Programmen zur Förderung einer gezielten Unterstützung junger Leute mit unterschiedlichen, besonderen Bedürfnissen, die erhöht Gefahr laufen, die Schule vorzeitig abzubrechen und sozial und wirtschaftlich ins Hintertreffen zu geraten. Lassen sich die Programme der EU-Mitgliedstaaten für die allgemeine und berufliche Bildung durch die Festlegung von nationalen und europäischen Zielen verbessern? Inwieweit unterstützen die Mitgliedstaaten die laufende berufliche Fortbildung von Lehrkräften und von pädagogischem und sonstigem Unterrichtspersonal, und zwar auch Initiativen, in deren Rahmen diese Personen Erfahrungen und Konzepte betreffend eine stärkere und bessere Inklusion in Vielfalt austauschen können?

Damit alle Minister Gelegenheit haben, sich im Rahmen einer interaktiven Aussprache einzubringen, und auf diese Weise eine fruchtbare Diskussion zustande kommt, sollten die Wortbeiträge möglichst kurz und bündig sein. Auf diese Weise können die Minister bei Bedarf mehrmals zu Wort kommen.

Der Vorsitz möchte dem Europäischen Rat für dessen Tagung im kommenden März einen Bericht übermitteln, in dem die Kernbotschaften aller einschlägigen Ratsformationen, die zum Europäischen Semester 2017 beitragen, zusammengefasst sind.
